

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Geegründet 1826

Preis pro Jahr 29

Anzeigen-Gebühr für die
einzelne Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift über
den Raum bei einmali-
ger Einrückung 20 Pf.
bei mehrmaliger, Nach-
nach Tarif. Bei gerichtl.
Beitragungen u. Konkur-
sen der Rabatt fünfzig

Verbreitete Zeitung
im Oberamtsbezirk

Telegrams-Adress:
Gesellschafter Nagold
Vollständiger Katalog
Stuttgart 511.

Nr. 291

Montag den 15. Dezember 1919

93. Jahrgang

Zur Vorgeschichte des Krieges. Aus den deutschen Kriegsakten.

Die von Herrn Rautsky gesammelten und von den Herren Schäfers und Graf Mungelos in amtlichem Auftrag herausgegebenen deutschen Aktenstücke über den Kriegsausbruch sind schon erschienen. Es sind vier stattliche Bände. In der Vorbemerkung der Herausgeber, die sich hauptsächlich auf ihre Arbeitsmethoden bezieht, wird bezüglich der Marginalbemerkungen des Kaisers folgendes gesagt:

„Von Rautsky sind auch die Randbemerkungen des Kaisers mit in den Abdruck der diplomatischen Urkunden aufgenommen worden. Welch grundsätzliche Bedeutung ihnen für den Gang der Ereignisse beigegeben ist, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. Gelegentlich ergibt sich aus den Akten selbst, daß die Vorkriegsbesprechungen zu spät eintrafen, um für die Entscheidung noch irgendwie verwertet werden zu können. An anderer Stelle ergaben die Akten, daß es sich um Verfügungen handelte, die nicht zur Ausführung gelangt sind. Sehr häufig handelt es sich um den Ausbruch momentaner Stimmungen. Zur Erleichterung der Prüfung, welchen Einfluß irgend eine kaiserliche Meinungsbekundung gehabt haben könnte, ist regelmäßig vermerkt, wann das betreffende Aktenstück mit den Randnotizen zur amtlichen Stelle zurückgeliefert wurde oder wann die Notizen sonst der zuständigen Berliner Stelle zur Kenntnis gebracht worden sind. Auch die Akten der deutschen Botschaften in Wien und Petersburg und der bayerischen Gesandtschaft in Wien sind verwertet.“

„Dagegen war“ erklären die Herausgeber weiter, „eine Bearbeitung der Akten des früheren Kriegsministeriums und Reichsmarineamtes sowie des General- und Admiralstabes bei der knapp bemessenen Zeit nicht möglich.“

An der Sammlung Rautskys, die sich, wie die Herausgeber hervorheben, bei unvollständiger Betrachtung, als sorgfältig durchgesehenes Unternehmen darstellt, ist nur wenig geändert. Zusammenfassend kommen Graf Mungelos und Professor Schäfers zu dem Schluß, daß sich eine Aufhellung aller Vorgänge nur dann erreichen lasse, wenn die ehemaligen feindlichen Staaten sich entschließen könnten, mit derselben rückhaltlosen Offenheit ihre Urkunden der ganzen Welt vorzulegen, wie es die deutsche und die österreichische Republik getan haben.

Wir befürchten uns darauf, aus dem Inhalt der Akten vorläufig nur einige Einzelstücke als Beispiele wiederzugeben. Als erstes ein Depeschenwechsel zwischen Bethmann-Hollweg, dem Kaiser und dem Kronprinzen vom 20. und 21. Juli über das politische Hervortreten des Kronprinzen.

Hohenhausen, 20. Juli 1914.

Euer Majestät muß ich alleruntertänigst melden, daß Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz entgegen den höchsten Befehlen erteilt und von ihm auch akzeptierten Ratsschlüssen neuerdings wieder mit telegraphischen Kundgebungen an die Öffentlichkeit zu treten beginnt. So hat Seine Kaiserliche Hoheit in der letzten Woche sehr warme Zustimmungstelegramme an den Oberbefehlshaber A. D. Frobenius zu der von diesem verfaßten Broschüre „Des Reiches Schicksalsstunde“ und an den Prof. Buchholz in Vöden zu einer von diesem in Prof. Schönböck vertriebenen Bismarckrede gerichtet. Frobenius weist treffend auf die schwierige Lage Deutschlands hin, gefüllt sich aber gleichzeitig in alldeutschen kriegerischen Überhebungen. Buchholz benötigt eine von glühendem Patriotismus getragene Huldigung vor dem großen Kanzler zu heftigen Angriffen auf die Männer, denen Euer Majestät Verantwortungsvolle Ämter übertragen haben. Beide Telegramme sind in der Presse veröffentlicht, insonderheit dasjenige an Frobenius ist von der englischen, russischen und französischen Presse als Zeichen dafür angesehen worden, daß der Kronprinz sich in einen Gegensatz zu der Politik Eurer Majestät stelle und daß er zum Kriege treibe. Aus zuverlässiger Quelle weiß ich aber auch, daß in der Regierungskreisen der Tripleallianz dieses Hervortretens des Kronprinzen als ein bedenkliches Symptom ernste Beachtung findet. Ich habe mir erlaubt, Seine Kaiserliche Hoheit in einem längeren Briefe dringend zu bitten, von derartigen Kundgebungen abzusehen, die, ohne Kenntnis der momentanen politischen Situation und der diplomatischen Zusammenhänge abgesetzt, nur geeignet seien, die Politik Eurer Majestät zu kompromittieren und zu konturieren. Dabei habe ich auf die momentane gespannte Lage ausdrücklich hingewiesen. Ich habe keinerlei Sicherheit dafür, daß Seine Kaiserliche Hoheit diese Bitte erfüllt, befolge vielmehr ernstlich, daß Höchstbefehle, wenn jetzt das österreichische Ultimatum an Serbien bekannt wird, mit Kundgebungen hervortreten möchte, die nach allem Vorausgegangenem von unseren Gegnern als gewollte Kriegstreiberien angesehen werden, während es doch nach Eurer Majestät Befehlen unsere Aufgabe ist, den österreichischen Konflikt zu lokalisieren. Die Lösung dieser Aufgabe ist schon an sich so schwierig, daß auch keine Zwischenfälle den Ausschlag geben können. Ich wage deshalb die untertänigste Bitte auszusprechen, Euer Majestät möge Eurer Kaiserlichen Hoheit durch einen alsbaldigen

telegraphischen Befehl persönliches politisches Hervortreten hinhaltend untersagen.

Alleruntertänigst

u. Bethmann-Hollweg

Der Kaiser an den Kronprinzen. Telegramm ohne Nummer.

Balholm, 21. Juli 1914.

Ich erhalte soeben vom Reichskanzler folgendes (vorstehend von uns wiedergegebenes) Telegramm. Ich appelliere an Dein Verständnis dafür, wie außerordentlich peinlich und schmerzhaft es mir sein muß, daß Du trotz Deiner mir gegebenen Versprechungen schon wieder durch Dein Verhalten den Reichskanzler zwingst, mir solche Bitte vorzutragen. Ich appelliere ferner an Dein Pflicht- und Ehrgefühl als preussischer Offizier, der gegebene Versprechen unbedingt zu halten hat und erwarte mit aller Bestimmtheit, daß Du Dich besonders jetzt bei der Spannung der Lage, so wie hinfort überhaupt, jeglicher politischer Äußerung Dritten gegenüber, die nur geeignet sind, meine und meiner verantwortlichen Ratgeber Politik zu stören, ein für allemal enthalten wirst.

Papa Wilhelm

Der Befehl im kaiserlichen Befehl an den Reichskanzler:

Balholm, 23. Juli 1914.

Eurer Vorgesetzten bechte ich mich im Anschluß an meinen geborfamsten Bericht vom 21. ds. Mts. zu melden, daß soeben folgendes Telegramm bei Seiner Majestät dem Kaiser und Königin eingegangen ist: „Befehle werden ausgeführt.“

Graf Wedel

Am 26. Juli 1914 depechierte der Reichskanzler an den auf der Nordlandreise befindlichen Kaiser. Interessant sind die Marginalbemerkungen, die der Kaiser zu diesen Depeschen macht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine teilt mir mit, daß Euer Majestät mit Rücksicht auf ein Wolfftelegramm*) der Flotte Befehl zur schleunigen Vorbereitung der Heimreise erteilt haben. Admiral von Pohl dürfte Eurer Majestät inwieweit die Meldungen Eurer Majestät Marine-Attache in London und des Vertrauensmannes der Marine in Portsmouth unterbreitet haben, wonach die englische Marine keinerlei auffällige Maßnahmen trifft**), vielmehr die früher vorgesehenen Dislokationen planmäßig ausführt. Da auch die bisherigen Meldungen Eurer Majestät Vorkämpfers in London erkennen lassen, daß Sir Edward Grey vorläufig wenigstens an eine direkte Teilnahme Englands an einem eventuellen europäischen Krieg nicht denkt und auf taktische Lokalisierung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts hinarbeiten will, wage ich alleruntertänigst zu befrworten, daß Euer Majestät vorläufig keine verfrühten Heimreise der Flotte befehlen.**)

Bethmann-Hollweg

Die Bemerkungen des Kaisers zu dieser Depesche lauten: *) Unglaubliche Zumutung! Unerhört! Ist mir gar nicht eingefallen!!! Auf die Meldung meines Geländes von der Mobilmachung in Belgien! Diese kann Mobilmachung Englands nach sich ziehen! In diesem Falle muß ich meine Streitmacht zu Lande und zu Wasser bekommen haben und in der Ostsee ist kein einziges Schiff!!! Ich pflege militärische Maßnahmen nicht nach einem Wolfftelegramm zu treffen, sondern nach der allgemeinen Lage, und die hat der Reichskanzler noch nicht begriffen! W.

**) Braucht sie nicht! Sie ist bereits kriegsbereit, wie die Marine einen gezeigt hat und hat mobilisiert!

***) Wenn Rußland mobil macht, muß meine Flotte schon in Ostsee sein. Also fährt sie nach Hause!

(Dieser vorläufige Bericht enthält nur wenig Beispiele für die Art des zu erwartenden Materials. Die Schriftl.)

Die wahren Ursachen des Zusammenbruchs der österreichischen Monarchie.

Eine Regierung, die die Bauern gegen sich hat — führt nur ein Scheitern.

ABC. In der von Rosa Luxemburg und von Franz Mehring begründeten Wochenchrift „Die Internationale“ äußert sich ein Mitglied der ungarischen Räteregierung über die wahren Ursachen des Zusammenbruchs der österreichischen Monarchie. Der Verfasser gehört offenbar zu den zahlreichen „Volksbeauftragten“ die es vorgezogen haben, nach dem Sturz der Herrschaft Bela Kuns aus Ungarn zu flüchten. Er hat sich die Aufgabe gestellt, anfänglich seiner Furcht „durch“ (V) Deutschland den Genossen klar zu machen, aus welchen Gründen die ungarische Räteregierung sich nicht halten konnte. Der ungarische Volksgeist schreibt u. a.:

„Seit meiner frühen Jugend bin ich radikaler Sozialist und niemals Antisemit gewesen. Dieses stelle ich den nachfolgenden Ausführungen voraus, um nicht der gegnerischen Seite Wasser auf ihre Mühle zu geben und Anlaß zu ihren bösen Rassenreden zu geben. Aber wenn ich als ehrlicher Politiker die Ursachen des Zusammenbruchs niederschreibe, muß ich alle Schäden schonungslos beleuchten.“

Dadurch, daß bei uns in Ungarn die hervorragendsten kommunistischen Führer jüdischer Herkunft waren, leitete eine Unmenge von politisch völlig indifferenten Juden für sich die Berechtigung ab, sich in alle möglichen Ämter einzudrängen. Allerdings nur in solche, wo es nach ihrer Mei-

nung etwas zu verdienen gab. Die örtlichen Sowjets, vielfach in völliger Unkenntnis der Sachlage und über das Wesen der Internationale, glaubten ein der Regierung in Budapest wohlgefälliges Werk zu tun, wenn sie vorzugsweise Leute jüdischer Herkunft anstellten. Der den jüdischen Kremlern (ich sage absichtlich nicht Juden, weil eine sehr große Anzahl meiner politischen Freunde Juden sind und in ethischer und menschlicher Beziehung turmhoch über einer Anzahl sogenannter guter Christen stehen) angebotene Geschäftsumverfälschung, daß die Korruption in einzelnen Bezirken und Amtsstellen Formen annahm, die zu beschreiben sich die Feder sträubt.

Durch diese grassierende Korruption, an der allerdings nicht nur jüdische Krämer, sondern überhaupt alle jene Elemente beteiligt waren, die die Revolutionswelle an die Oberfläche getragen hatte, und für die der Ausdruck Revolutionsschändchen noch ein Rosenname ist, wurde das Vertrauen der Bauern derart illusorisch gemacht, daß sie unter sich nur von der jüdischen Regierung sprachen.

Dieses in Verbindung mit der verbrecherischen, dilettantischen Finanzpolitik war unser Todesurteil. Statt von Anfang an eigene Banknoten unter voller Namensnennung herzustellen, ging das Kommissariat der Finanzen dazu über, Neudrucke der von der österreichisch-ungarischen Bank herausgegebenen 1-, 2-, 25- und 200-Kronen-Noten herzustellen. Diese Neudrucke waren sehr plump hergestellt und wurden von Wien aus sofort als Falsifikate gebracht. Der Bauer weigerte sich ostentativ, dieses sogenannte „weiße Geld“ an Gelbes statt anzunehmen, trotzdem es Zwangskurse hatte und auf die Nichtannahme die härtesten Strafen standen. Man stelle sich vor: alle Rotgardisten, Beamten der Räterepublik, Lehrer, Eisenbahner, Postangestellte, überhaupt jeder bekam sein Gehalt oder seinen Sold mit diesem sog. weißen Gelde ausbezahlt, konnte aber andererseits auf dem Lande dafür nichts kaufen.

„Wehe der Regierung, die die Bauern nicht gegen sich hat. Sie fährt nur ein Scheitern ein.“

* Soweit das Bekenntnis eines ungarischen Volkswirtschaftlers, das wir der Anti-Bolschewistischen Korrespondenz (A. B. C.) entnehmen. Es ist ein recht interessantes Zeugnis, auf das der Bolschewist hinweist, und wir glauben, daß auch unsere Regierung ganz besonders gut daran tun wird, das „Wehe“ dieser bolschewistischen Mahnung aufmerksam zu hören und ernstlich zu bedenken. Unsere Regierung hat heute die Bauernschaft faktisch gegen sich, weil sie bisher nichts anderes fertig brachte, als die Bauern vor den Kopf zu stoßen und ihre berechtigten Forderungen und Wünsche zu mißachten oder wenn diese einmal beachtet wurden, viel zu spät und dann auch nur, um auf einem Bein dahergeschleppt zu kommen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 12. Dezember.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.25 Nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen: Anfrage des Abg. Frey (Soz.) Antwort: Wegen Belieferung der Erlebkaffee-Fabriken mit Gerste und anderen Rohstoffen wird trotz der schlechten Ernte das Maßvolle gefahren.

Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann: (D. R. V.) Antwort des Außenministers Müller: Bei der Ostseeblockade waren einige Erleichterungen erreicht worden. In letzter Zeit hatten sich von neuem Schwierigkeiten gezeigt. Die Reichsregierung würdigt voll die Bedeutung der Angelegenheiten und ist auch mit den Neutralen in Fühlung getreten. Der Rüsttransport aus dem Baltikum ist demnächst beendet. Die deutsche Regierung erwartet, daß damit die Blockade ihr Ende erreichen wird, weil die Voraussetzungen dafür geschwunden sein werden.

Brühns (D. R.) Antwort: Liebesgabenpakete von Deutschamerikanern und solche aus Amerika überhaupt, soweit sie an bestimmte Personen oder Vereine adressiert sind, sind keineswegs hier verboten, sondern ihr Eingang ist frei.

Erste Beratung des Entwurfs über Feuerungsgebühren zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsbeamten. Minister Schiffer begründet den Entwurf. Die Anwälte seien von der Feuerung persönlich oder geschäftlich stark betroffen. Die Höhe der gerichtlichen Objekte sei allgemein gestiegen. Die unteren Stufen der Gebühren müßten ganz oder teilweise von den Erhöhungen freigelassen werden. Mit den Abänderungsanträgen, die vorliegen, sei die Regierung einverstanden.

Abg. Dr. Lettmann (D. R.) begründet die Abänderungsanträge, die auf einer internationalen Besprechung mit Anwaltsvertretern beruhen. Die Anträge bezwecken eine Herabsetzung der Stufen für die Gebührensätze, wodurch die letzteren sich erhöhen.

Abg. Gaußmann (Demokrat) beantragt das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. 1. 20.

Das Gesetz wird mit den Abänderungsanträgen u. dem Antrag Gaußmann in allen 3 Lesungen angenommen.

Erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Eisenbahn-aufsicht und eines solchen betreffend die vorläufige Regelung der Luftfahrt.



Minister Bell begründet die Entwürfe mit der Neuregelung des Verkehrsministeriums.
Die Besetzungsmuster werden in allen 3 Besetzungen erledigt. Erster Beratung eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarfällen.
Der Entwurf wird an den Haushaltsausschuss verwiesen.
Das Gesetz über Verfolgung von Kriegsvergehen und Verbrechen wird in erster Lesung an den Verfassungsausschuss verwiesen.
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr nachmittags. Entwurf des deutsch-polnischen Vertrages betreffend Beamtenfragen.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 12. Dez. In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Landtags wurde der an Stelle des Abg. Gröber in das Haus eingetretene Abg. Aderna (S) für legitimiert erklärt. Das Haus trat dann in die Beratung des von der Beamtenschaft mit großer Spannung erwarteten Nachtragsetats betr. die Schaffung neuer Beamtenstellen ein, die zum größten Teil dauernde Wehranforderungen meist persönlicher Art im Betrag von insgesamt 3991 239 M. erfordert. Der Nachtragsetat (S) begründete die Notwendigkeit dieses Etats, mit der im Laufe der Jahre eingetretene Störung in den Vorordnungsverhältnissen der Beamten. Im allgemeinen sei der Verfall verfolgt worden, daß keine Beförderungsstellen, auch in diesem Nachtragsetat ausgeschlossen werden sollen. Hervorzuheben sei die Schaffung eines besonderen Assistentendienstes in allen Zweigen der Staatsverwaltung. Der Beamtenschaft des höheren Dienstes müßten ebenfalls angemessene Vorordnungsverhältnisse gegeben werden. Die Ansprüche an die berufsmäßige Vorbildung der Beamten hätten eine Aenderung erfahren im Sinne einer Milderung. Der Nachtragsetat berücksichtige zugleich die Angleichung in die Verhältnisse des Reichs und Preußens. Während der Beratungen im Finanzausschuss sei ein eindringliches Schreiben des Reichsfinanzministers eingegangen, man möge bei der Schaffung neuer Stellen vorsichtig sein, sonst könne es später bei Uebernahme durch das Reich Schwierigkeiten geben. Ein Teil der zahlreichen Wünsche der Beamtenschaft konnte leider nicht erfüllt werden. Das Staatswohl erfordert eine solide sparsamste Finanzwirtschaft. Die Beamten dürften nie die Grenze der Leistungsfähigkeit des Staates übersehen u. müßten sich die Gefahr einer Ueberforderung vor Augen halten. Bei Prüfung der Vorlage hätten parteitaktische Rücksichten jeder Art vollständig auszuschließen. Vom 1. April 1920 an, werde vom Reich eine neue Gehaltsordnung aufgestellt und auch in Württemberg werden dann für die im württ. Staatsdienst dienenden Beamten ebenfalls eine neue Gehaltsordnung vorgenommen. Die Pensionsverhältnisse der Beamtenschaft würden im Laufe der Jahre sicher nicht so gebessert werden, daß sich ein Zuwarten bei der Einreichung von Pensionsgesuchen lohnen würde. Nach 3-tägigen Ausführungen des Berichterstatters sprach Finanzminister Dieckhoff, der die Mittelteilung der Verlehrsbeamtenstimmen als unrichtig bezeichnete, daß die Vorlage nur zustande gekommen sei, weil Unterstaatssekretär Hüpler die Rabinetsfrage gestellt habe. Der Minister teilte mit, daß die neue Reichsbesoldungsordnung in der ersten Hälfte des Februar der Nationalversammlung übergeben werde u. unmittelbar daran anschließend eine württ. Landesbesoldungsordnung geschaffen werde, die ab 1. April 1920 in Wirkung trete. Da nach den Vereinbarungen unter den Fraktionen neue Abänderungsanträge nicht mehr gestellt wurden, um die Vorlage noch vor Weihnacht zu erledigen, wurde die Vorlage — nachdem die von den Unabhängigen gestellten Abänderungsanträge abgelehnt worden waren — in allen 3 Lesungen einstimmig angenommen. — Nächste Sitzung Dienstag 4 Uhr, Anfragen; Schluß 9 Uhr.

Tages-Neuigkeiten.

Die Radikalen und die Einigungsfrage.

Auf einer Kommunistenversammlung in Göppingen behandelte der Stuttgarter Kommunistenführer Hönlke auch

die Einigungsfrage. Scheidemanns Ruf im „Vorwärts“ nach Sammlung der sozialistischen Parteien sei von der Angst veranlaßt. Eine Einigung des Proletariats könne nur auf dem Boden der kommunistischen Partei erfolgen. Wenn die Reaktion die Arbeiterschaft wieder zwinge, auf die Straße zu gehen, dann werde sie den Weg zur kommunistischen Partei von selbst finden. Die Unabhängigen können den Freigang immer nachgehakt. Die Weltrevolution müsse durch die Entwicklung herbeigeführt werden, daß sie komme, darüber könne kein Zweifel bestehen.

Zur Durchführung der Reichsabgabenordnung.

Mit der Durchführung der Reichsabgabenordnung wird voraussichtlich die Verwaltung der Verbrauchsteuern den Bezirkssteuerämtern (Kameralämtern und Hauptsteueramt Stuttgart) abgenommen werden und an die Hauptzollämter und Zollämter übergeben; die Durchführung dieser Ueberleitung wird aber wohl nicht auf einen Schlag möglich sein, sondern nur allmählich vollzogen werden können, soweit hierzu die nötigen Anstalten und das erforderliche Personal verfügbar gemacht werden können. Um den Nachwuchs an mittleren Zollbeamten sicherzustellen, beabsichtigt die Zollverwaltung jetzt schon Kandidaten für den mittleren Zolldienst einzustellen. Gesuche sind an den Vorstand des Landesfinanzamts, Abteilung für Zölle und Verbrauchsteuern, zu richten.

Heimkehrende Kriegs- und Zivilgefangene.

Berlin, 12. Dez. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Heute abend treffen 1162 Maltaheimkehrer in Jansbrud ein. Sie werden von dort zunächst nach dem Lager Lechfeld weitergeleitet. Der Dampfer „Palos“ der den 4. Heimkehrer-Transport aus Ägypten an Bord hat, wird erst gegen Weihnachten in Brunsbüttelkoog ankommen.

Streikfolgen.

Die Schwäbische Liga zum Schutze deutscher Kultur e. V. schreibt uns:
Die vor kurzem veröffentlichten Zahlen über die Kosten des verdrängten großen Berliner Metallarbeiterstreiks, haben ein großes Licht auf die ungeliebten Streiks geworfen. Der genannte Ausfall hat wöchentlich die Summe von 5 650 000 M. verschlungen, das ergibt für vier Wochen seiner Dauer die erschreckende Zahl von rund 22 Millionen Mark. Solche ungeheuren Mittel vertan und erreicht ist nichts. Dabei ist die ganze unberechenbare Summe von nicht geleisteter Arbeit, von nicht produzierten Werten nicht einmal einbezogen. Es ist notwendig, den Metallarbeiterstreik nicht als Einzelfall zu betrachten, sondern als eine typische Erscheinung unserer aufgeregten Zeit. Und es ist ein Verdienst des Reichsarbeitsministeriums, mit deutlichem und unwiderlegbarem Zahlenmaterial auf das Streikfever, diese gefährliche Seuche an unserem Wirtschaftslebe, hingewiesen zu haben. Das vom Reichsarbeitsministerium herausgegebene Reichsarbeitsblatt zählt für das Jahr 1918 772 Arbeiterstreiks in gewerblichen Betrieben auf. Davon sind 531 auf wirtschaftliche und 241 auf politische Beweggründe zurückzuführen. Von den Streiks wurden 7400 Betriebe betroffen, von denen 4000 völlig lahmgelegt wurden. 2 1/2 Millionen Arbeiter verloren die Beschäftigung. Durchschnittlich dauerten die Streiks vier Tage, sie bedeuteten einen Verlust von 5 218 000 Arbeitstagen. Was in dieser Zeit an Lohn, an Streikunterstützung und an Produktion verloren gegangen ist, ergibt eine große Verlustsumme, die wohl dazu angetan ist, erschreckend und ernüchternd zugleich zu wirken. Selbst die sozialdemokratische Presse weist mit ganzem Nachdruck auf den Selbstmord hin, den die deutsche Arbeiterschaft durch derartige wilde Streiks an sich selbst und der deutschen Arbeit begeht. Der Streik hat bisher als das einfachste und sofort anzuwendende Mittel gegolten, den Forderungen der Arbeiterschaft zur Verwirklichung zu verhelfen. Das ist verkehrt und muß anders werden. Der Streik darf erst dann einsetzen, wenn alle anderen Mittel erschöpft und alle Versuche zu einer Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gescheitert sind. Solche Mittel soll das in Aussicht gestellte Streikgesetz in Form von Schiedsgerichten bieten, denen sich beide Teile zu unterwerfen haben. Erfolgreicherweise scheint die Streikfrist in der letzten Zeit ab-

zukommen, und an ihre Stelle der Arbeitseifer wieder zu schaffen. Aber es ist nötig, gezielte Einrichtungen zu schaffen, die eine stetige durch nichts gestörte Arbeit auf Grund friedlichen Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewährleisten.

Die russischen Kriegsgefangenen.

Berlin, 12. Dez. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die immer wieder auftauchende Frage, warum die Regierung keine entscheidenden Schritte unternimmt, um die sich immer noch in Deutschland befindenden russischen Kriegsgefangenen mit ihre Heimat abzutransportieren, gibt Veranlassung, folgendes zur allgemeinen Kenntnis zu bringen: Nach Abschluß des Friedensvertrags von Brest-Litovsk ist fast eine Million russischer Kriegsgefangener heimgeschickt worden. Der weitere Abtransport wurde durch die Waffenstillstandsbedingungen der Antente unterjocht, wobei die Fürsorge der russischen Kriegsgefangenen einer internationalen Kommission in Berlin übertragen worden war. Durch händliche Verstellungen gelang es der deutschen Regierung, bis Juni d. J. etwa 30 000 russische Kriegsgefangene heimzuschicken. Im August 1919 wurde die Auflösung der internationalen Kommission angeordnet und die gesamte Fürsorge für die russischen Kriegsgefangenen, sowie deren Abtransport der deutschen Regierung übertragen. Für den Abtransport ist die deutsche Regierung ohne Unterhalt bemüht, ohne jedoch irgend eine Möglichkeit zu besitzen, aus eigener Kraft den Transport durch die Randstaaten herbeizuführen, die bisher jegliche Genehmigung für den Durchtransport der russischen Kriegsgefangenen verweigern.

Ungeschminkte Wahrheiten.

Paris, 12. Dez. Raymond Recouly schreibt im „Figaro“ im Anschluß an eine Betrachtung über die Verhandlungen in London: Wenn wir Franzosen unter der Wilson'schen Ideologie und seinem Starrsinn zu leiden hatten, so mußte England sich ihnen in wunderbarer Weise anpassen. Es hat vom ersten Tage an erkannt, daß Wilson vor allem an seinen Träumen über den Völkerbund festhalten wollte und es hat ihm sofort alles bewilligt, was er nach dieser Richtung wünschte. Es hat noch mehr getan, es hat mit allen seinen Kräften in der Praxis das Wilson'sche Konzept angewandt. In alle Gegenseitigkeit hat England von Wilson alles erreicht, was es verlangte: die deutsche Flotte, die deutschen Kolonien, (was enorm war) und die Freiheit der Meere. Die Tätigkeit des Präsidenten Wilson auf der Friedenskonferenz hat also England nichts gekostet, sie ist aber im Gegenteil Frankreich teuer zu stehen gekommen.

Paris, 12. Dez. Der Chefredakteur der Mezer Zeitung „Le Lorrain“, Houper, schreibt: Wenn Frankreich will, daß seine Feinde von gestern Schadenersatz bezahlen sollen, dann muß es ihnen helfen zu leben, wird bei ihnen kaufen und ihnen die Artikel verkaufen, die sie notwendig haben. Frankreich und Deutschland sind als Kunden aufeinander angewiesen. Die geschäftlichen Beziehungen müssen im gegenseitigen Interesse wieder aufgenommen werden. Die Verbesserung des Wirtschaftes für die beiden Länder ist zum guten Teil von der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen abhängig.

Langing demissioniert?

Paris, 12. Dez. Wie der „Matin“ aus New-York meldet, soll Staatssekretär Langing die Absicht haben, zu demissionieren. Wegen der mexikanischen Frage sei ein Zwiespalt zwischen dem Staatssekretär und Wilson ausgebrochen. Im übrigen sei auch festgestellt worden, daß der Präsident während seiner ganzen Krankheit Langing nicht ein einziges Mal empfangen habe.

Kleine Nachrichten.

Madrid, 12. Dez. Der König hat den Senatspräsidenten Alende Salazar zu sich berufen, der es übernommen hat, ein Konzentrations-Kabinett mit Vertretern der verschiedenen Parliamentsgruppen ohne irgend welche Parteifarbung zu bilden.

Der Triumph des Lebens.

Roman von Lola Stein.

4) (Nachdruck verboten.)
„Diese Frage möchte ich nicht beantworten! Ich kenne den Mann kaum. Habe ich natürlich auch mit ihm gesprochen und verhandelt. Er überrascht durch seine Sicherheit und Mäßigkeit. Wenn er schuldig ist, so ist er ein außerordentlich geschickter, raffinierter und rottiener Verbrecher. Er widersteht sich mir. — Ich verliere niemals die Ruhe, die Sicherheit! In das alles nun das Bewußtsein meines guten Gewissens, daß ich so ruhig mache! Oder ist es die heimlich brohende Angst vor dem Verfall, die ihn alle Kräfte und alle Fähigkeiten sammeln läßt? Ich weiß es nicht, noch nicht!
Jedenfalls aber wird ihm schwerlich etwas Positives zu beweisen sein. Alles bleibt bei Vermutungen.“
„So glaubst du an einen Freispruch?“ fragte Walter.
„Ich erhoffe ihn! Ich hoffe ihn für die Frau gegen die ich der Hauptverdacht des Schwagers richtet, und die ich für unbedingt schuldig halte.“
„Sie schrieb mir in ihrer höchsten Not nach ihrer Befreiung. Sie hatte sich einen Anwalt aus der Stadt hier aussuchen lassen, der mich, den sie doch persönlich von früher her kannte, neben diesem Anwalt ihre Verteidigung noch zu übernehmen. Sie schien sich viel von mir zu erwarten, vielleicht war es auch nur der Wunsch, einen von früher her bekannten Menschen wieder zu sehen, der sie mich rufen ließ. Kurz, ich wählte die Beweiskraft aus ihren Zeilen, ich kam her, sprach mit ihr, übernahm die Verteidigung und hoffe, sie frei zu bekommen.“
„Er atmete tief auf und sah über das Wasser hin.“
„Wie unruhig für die Frau!“ meinte Irene nach einer Weile des Schweigens, „wenn sie schuldig, aburteilt ist, wie du meinst, dort, und nun an dem Mann, den sie so sehr geliebt, irre werden muß! Wenn sie nun nicht mehr, ist er schuldig wie ich! Oder hat er das Entschlossene getan?“
„Sie war ganz blaß geworden und im ihren vorhin so

kommen Augen lag eine große Traurigkeit, die über sie gekommen war beim Erfahren des fremden Leides.“
„Die verwandlungsfähig ist dieses schöne Gesicht“, dachte Dorst Volkmer und sah das Mädchen in einer Erregtheit an, die ihn selbst in Verwirrung setzte, „und wie sehr vermag sie mitzuleiden, mitzufühlen!“
„Wenn er es tat“, sagte da Walters Stimme leise, „so tat er es aus übergroßer Liebe für die Frau, Irene! Das kann sie ihm niemals entfremden, meine ich.“
„Und wenn er es tausendmal für sie tat, er bleibt ein Verbrecher, Walter! Und die Frau, die dem Mann ihre Liebe weihen will, muß sich schämen und die Eigenschaften im geheimen angeht hat, steht plötzlich vor einemurchtlichen Abgrund. Denke doch, was er beging: daß er einen Menschen, der ihm selbst niemals Abtes tat, hat er vernichtet!“
„So, um die Frau zu erringen!“
„Oh, das warum macht es nicht! Schaudern, schaudern müßte ihr vor dem Manne, wenn sie überzeugt sein wird von seiner Schuld!“
„Aber wenn er nun frei kommt, wie Dorst es hofft, wird sie niemals erfahren, ob er in Wahrheit schuldig ist oder nicht.“
„Vielleicht hat sie den festesten Glauben an seine Unschuld“, rief Irene, „hoffentlich hat sie den! Dann kann kein Verdict und kein Mensch ihr den geliebten Mann entfremden.“
„Dorst Volkmer schüttelte den Kopf. „Nein, Irene, diesen schönen Glauben, von dem du sprichst, hat die arme Frau leider nicht. Sie ist zermürdet, zermüdet, zermüdet von Zweifel an dem Manne, den sie geliebt! Und diese ihre innere Zerrissenheit und Zerfahrenheit wird ihr nun von den Anklägern als Zeichen der Schwäche, der Schuld, des blöden Gewissens ausgelegt.“
„Wie denkst du sonst — abgelesen von dieser ganzen Sache — über den Mann, Dorst?“ fragte Walter.
„Ein Finger, läßiger und fowelt ich beurteilen kann auch lebenswürdiger Mensch“, sagte dieser. „Warum fragst du?“
„Weil ich meine, daß dann die Frau über seine Schuld

hinwegkommen müßte, gerade weil er sie beging, um sie zu erringen.“
„Du erringen“, rief Irene lebhaft, „also tat er es doch für sich, nicht, wie du vorhin sagtest, für sie!“
„Auch für sie, denn sie war unglücklich in ihrer Ehe!“
„Aber man kann nicht glücklich werden wollen durch ein Verbrechen“, entgegnete sie eben so lebhaft, „nein, Walter, das ist niemals ein Glück! Gibst du mir nicht recht Dorst?“
„Der nicht. „Ich denke wie du! Und ich bin überzeugt, daß du dem Verbrecher schließlich das Wort redest, Walter?“
„Er denkt anders über Schuld und Sühne, über Moral und Gesetz als wir anderen“, rief Irene, „das ist ja unier alter Streitpunkt!“
Der Rechtsanwalt lächelte. „Nun, hoffentlich nur in der Theorie, Walter?“
„Nun lästest sie alle drei.“
„Das ist der Ueberdruß der Jugend, die das Bestehende kürzen möchte, den Himmel einreißen, neue Welten aufbauen! Oh, ich kenne das, Irene! Und ich beneide Walter fast um seine Leidenschaftlichkeit, um seinen jugendlichen Ungefall! Wir alle haben ja die Zeit einmal durchgemacht, in der wir unzufrieden waren mit allem Bestehenden und eine neue, eine für unsere Begriffe bessere Welt in unserm Innern trugen und unsere Ideen verwirklichen wollten.“
„Du sprichst so müde“, sagte Walter, „und es klingt ein Hauch von Bedauern aus deiner Stimme. liegt diese Zeit denn so weit zurück in deinem Leben? Auch du bist noch jung!“
„Vielleicht älter als meine Jahre“, meinte Dorst Volkmer sinnend, „man wird frühzeitig alt, wenn man Trauriges erlebt.“
„Und war in deinem Dasein so viel Trauriges?“ forschte Irene in weichem Mitgefühl.
(Fortsetzung folgt.)

— Au
landsfreud
fang angen
aus dem K
Holland 12
Norwegen
England 2
Portugal 1
— Di
Tafelwahr
gerner, Wa
uhr (sol
neuerste
Goldrand
Qualität g
* Bot
die Musik)
* Amt
laale zu M
die umfang
barte. Es
erklärten,
mit einer K
er zum erf
der heran
hältnisse de
im Großen
liche Lage
Oberamt
daß wir al
zuheßen, d
es unter de
dem die neu
in die Tag
der Müdigk
Jura! nach
gang. —
zürken! z
gewählt al
mit 29 Stim
Stimmen.
Als Stellve
helt Schle
ler-Edhaus
Hauptverh
verankert
Polmer
immer der
die Wieder
den Bezirk
wurde in
wurden
der Wirtsch
war die G
Kalmboch
Schultheiß
Gemeinden,
einstimmig
wahlberecht
sprechenden
geben, den
lingen tre
ein. Bei d
hach s. J.
(16 Stim
wählt. Er
Wetere St
berg 10; V
tats, die
waltungsch
gutgehenden
in Jankun
zwei Bezirk
denk gesch
gen 3 Begi
tatsbegeun
verlegt, der
in Altsch
habers neu
engeren W
tingen, G
vertreter in
soll den J
er wurde
Kenz 4 Sti
sprach sein
berg einge
wies jedoch
hin, die au
worden sei.
die 3. Verm
diese Weile
Ragold r
Altenste
und die in
Auf die bis
von 50% a
währt. —
schaubehö
weiteren W
die Frahof
einstimmig
des Bezirks
herausgeruf
kosten der 2
1919 bis o
eigenem Pa
wird. — D
arzes Schu
wurde einfr
der Distrik



Vermischtes.

Auslandsfremdenverkehr. In Berlin hat der Auslandsfremdenverkehr bereits wieder einen ansehnlichen Umfang angenommen. Im November hatte Berlin folgende aus dem Ausland eintreffende fremde Reisende zu verzeichnen: Holland 1282, Polen 1046, Oesterreich 976, Dänemark 664, Norwegen 403, Schweiz 360, Ungarn 204, Amerika 257, England 202, Frankreich 201, Italien 185, Belgien 111, Portugal 11.

Billige Uhren in der Schweiz. Wie billig noch die Taschenuhren in der Schweiz sind, zeigt ein Inserat im Zürcher "Vaterland". Die billigste Anter-Remontoir-Derrenuhr (solches Stahlgehäuse) kostet 9 frs. 75 ctms. und die neuere Silber-Anter-Remontoir (starkes Silbergehäuse mit Goldrand, Sprungdeckel) 48 frs. Dameuhren der gleichen Qualität gibt es zu Preisen von 15 frs. bis 72 frs.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 15. Dezember 1919.

*** Volkshochschule.** Nr. 14 (Allgemeine Einführung in die Musik) fällt heute aus.

*** Amtsoberversammlung.** Am Samstag hat im Rathaus saale zu Magold eine Amtsoberversammlung stattgefunden, die die umfangreiche Tagesordnung von 29 Punkten zu erledigen hatte. Es waren sämtliche 31 stimmberechtigten Abgeordnete erschienen. Herr Oberamtmann Münz eröffnete die Tagung mit einer kurzen Begrüßung, in der er darauf hinwies, daß er zum ersten Male den Vorsitz in einer Amtsoberversammlung des Oberamts Magold führe. Er habe sich bemüht, die Verhältnisse des Oberamtsbezirks kennen zu lernen, und werde im Großen und Ganzen orientiert sein. Auf die wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes kurz eingehend, hob der Herr Oberamtmann hervor, wie sehr schlecht wir dastehen, und daß wir alles daran setzen müssen, jeder zu seinem Teil mitzuhelfen, daß wir uns wieder emporkriegen können, soweit es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich sei. Nachdem die neueregetreten Mitglieder verpfändigt waren, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt, Wahl der Mitglieder zu 9 verschiedenen Kommissionen fand durch Jura nach den Vorschlägen des Bezirksrates seine Erledigung. — Für die von der Amtsoberversammlung in den Bezirk rat zu entsendenden Mitglieder wurden wiedergewählt als ordentliche: Stadtschultheiß Alex. Nagold mit 29 Stimmen, Stadtschultheiß Welfer-Altensteig mit 29 Stimmen, Schultheiß Kern-Gütlingen mit 21 Stimmen. Als Stellvertreter wurden wieder, begm. neugewählt: Schultheiß Schlegel-Heberberg mit 29 Stimmen, Schultheiß Dengler-Ehhausen mit 28 Stimmen und Stadtschultheiß Kaup-Halterbach mit 27 Stimmen. — Zum Schriftführer der Amtsoberversammlung und des Bezirksrats wurde Oberamtssekretär Bolmer einstimmig wiedergewählt, und als Stellvertreter immer der jeweilige Nachfolger im Amte bestimmt. — Für die Wiederbesetzung der Stelle des Verwaltungsschreibers für den Bezirk II in Altensteig lagen 11 Bewerbungen vor. Eine wurde wieder zurückgelesen, sodas 10 verblieben. Daron wurden vom Bezirksrat 4 Bewerber aus dem Oberamtsbezirk der Amtsoberversammlung zur engeren Wahl vorgeschlagen und zwar die Herren Welfer von Altensteig, Haug von Gütlingen, Kalmbach von Benten und Mutschler von Wildberg. Herr Schultheiß Welfer-Simmersfeld erklärte im Namen der 11 Gemeinden, für die der Verwaltungsschreiber bestimmt ist, daß sie einstimmig die Wahl des Bewerbers Kalmbach wünschten u. die wahlberechtigten Mitglieder bitten, durch Abgabe des entsprechenden Stimmzettels ihnen den Verwaltungsschreiber zu geben, den sie selber wollen. Herr Schultheiß Kern-Gütlingen trat für den Kandidaten Mutschler von Wildberg ein. Bei der Abstimmung wurde Oberamtsassistent Kalmbach 3. Jt. in Nagold mit absoluter Stimmenmehrheit (16 Stimmen) zum Verwaltungsschreiber für den Bezirk II gewählt. Er hat den Dienst am 1. April 1920 anzutreten. Weitere Stimmen erhielten die Bewerber: Mutschler-Wildberg 10; Welfer-Altensteig 5. — Der Beschluß des Bezirksrats, die Gemeinden Rohrort und Sulz dem Verwaltungsschreiber im Hauptamt zuzuwenden, wurde einstimmig gutgeheißen. — Nach Ansicht der beteiligten Stellen genügen in Zukunft anstatt der bisherigen 3 Kartofelzergometerbezirke zwei Bezirke, damit den beiden Herren ein auskömmlicher Verdienst gesichert ist. Der Bezirksrat beschloß daher, die bisherigen 3 Bezirke in 2 umzuwandeln, wozon ein Sitz mit Kartofelzergometer Klein von Wildberg nach Magold verlegt, der andere in Altensteig beibehalten wird. Die Stelle in Altensteig ist infolge des Abnehmens des seitherigen Inhabers neu zu besetzen. Von den Bewerbern wurden zur engeren Wahl gestellt: Geometer Benz von Oberjettingen, Geometer Maurer von Nagold, Jt. Stellvertreter in Altensteig und Geometer Kaiser, Schwiegerohn des Geometers Stöckinger-Altensteig. Geometer Maurer wurde mit 16 Stimmen gewählt. Kaiser erhielt 10, Benz 4 Stimmen. Herr Obergeometer Gärtner-Wildberg sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Stelle in Wildberg eingezogen wird; Herr Stadtschultheiß Maier-Nagold wies jedoch auf die zwingenden Gründe für diese Maßnahme hin, die auch vom Geometerverein als notwendig erachtet worden sei. Wildberg werde, wenn über kurz oder lang die 3 Verwaltungsschreiberstellen errichtet werden müßte, auf diese Weise einen Ersatz erhalten. — Die Distriktsstelle in Nagold wurde wiederbesetzt mit Dr. Karl Beck-Nagold, in Altensteig mit Dr. Hans Vogel u. Richard Vogel-Altensteig und die in Halterbach mit Dr. Viktor Wagner dazulst. Auf die bisherigen Wartegelder wurde eine Zuerungszulage von 50% ab 1. Okt. 1919 in festm. widerprüflicher Weise gewährt. — Die Besetzung des Vorsitzenden der Bezirksfarrenschaubehörde wird von bisher 150 auf 200 Mt. die der weiteren Mitglieder von bisher 110 auf auf 160 Mt. und die Fahrlostenentschädigung von bisher 100 auf 160 Mt. einstimmig erhöht. — Ebenso einstimmig wurde der Antrag des Bezirksrates genehmigt, monach entsprechend der Ministerialverordnung vom 30. 6. 19, die Vergütung der Reisenden der Tierärzte als Ergänzungsfeldbeschauber ab 1. Juli 1919 bis auf weiteres auf 1 Mark für den Kilometer bei eigenem Fahrzeug, in anderen Fällen auf 70 Pfg. festgesetzt wird. — Die Neuregelung des Wartegeldes des Distriktschreibers Schneider in Altensteig, eine lediglich formale Änderung, wurde einstimmig genehmigt. — Von einer Wiederbesetzung der Distriktschreibersstelle Wildberg wird bis auf weiteres ab-

gesehen und die Stelle dem Oberamtsstierarzt Welfer-Nagold übertragen. — Einer rein formalen Änderung der Satzungen der Oberamtsparkei wird zugestimmt, ebenso der Einführung des Scheuerechts bei der Kasse. — Die Stelle des Aufwärters bei der Oberamtsparkei und der Oberamtsparkei wird mit der Hausmeisterstelle bei der Wanderarbeitsstätte (Hausmeister Zippener) organisch verbunden. — Dem Antrag des Bezirksrats folgend, wird der jährliche Mietzins der Oberamtsparkei an die Oberamtsparkei mit 1000 Mark bestimmt, der Vermögenswert des Sparspargebäudes mit 90 000 Mark und der Betrag der jährlichen Abschreibung mit 1% = 900 Mt. erstmals am 1. Jan. 1920 festgesetzt. Gleichzeitig wurde der Antrag eingebracht, zur Aufbewahrung der hinterlegten Wertpapiere eine Stahlschrank in das Kassengebäude einzubauen. Der Aufwand dafür würde 40 000 Mark betragen. Herr Abg. Schauble stellte demgegenüber den Antrag, aus Sparspargründen einen geeigneten Kassenstich aufzustellen. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit zum Beschluß erhoben. — Bei der Oberamtsparkei ist die Stelle eines Gegenrechners (Kontrollrechner) ungeschaffen. Für die Besetzung haben sich 16 Bewerber gemeldet. In die engere Wahl wurden gestellt: Ott-Altensteig, Haug-Gütlingen und Welfer-Nagold. Ersterer wurde mit 16 Stimmen gewählt. Weiter erhielten Haug 13 und Welfer 2 Stimmen. — Einem Gesuch des „Tannenblattes“ in Altensteig entsprechend wird mit denselben ab 1. Jan. 1920 zu den gleichen Bedingungen wie mit dem „Gesellschaftler“ ein Vertrag auf Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen abgeschlossen. Der diesbezügliche Antrag Vogel-Altensteig wurde mit 16 gegen 13 Stimmen zum Beschluß erhoben. — Für das Bezirkskrankenhaus wurden folgende Verpflegungssätze neu festgesetzt: I. Klasse von seither 6 Mark — 6.50 Mark auf 12 Mark; II. Klasse von 4 Mark — 4.50 Mark auf 8 Mark; III. Klasse von 3 Mark — 3.50 Mark auf 5 Mark für Private. Dieser enorme Sprung nach oben ist nicht allein notwendig geworden durch die allgemeine Teuerung sondern auch dadurch, daß das verfloßene Rechnungsjahr des Krankenhauses mit dem erheblichen Fehlbetrag von 43 000 Mark abschließt. Auf Antrag des Württembergischen Gemeinderat Jg wurde der Satz für die Ortskrankenkasse einstimmig auf 1.50 festgesetzt, worin auch die seitherigen Sonderleistungen einbezogen sind. — Bei der Wanderarbeitsstätte wird der Verpflegungssatz von 1.50 Mt. auf 2 Mt. erhöht. — Genehmigt wurden die Gesuche der Gemeinden Schöningen und Sulz um Verwilligung des üblichen Amtsoberverwaltungsbeitrags zu den Kosten der Herstellung und Ausbesserung der Nachbarschaftsstraßen. Das Gesuch der Gemeinde Ehhausen dagegen wurde zum zweiten Male der Kommission halber abgelehnt, da nicht einwandfrei festgestellt, ob die betr. Straße als Nachbarschafts- oder Ortsstraße zu betrachten ist. — Von den hinsichtlich des Bezirksarbeitsamtes mit dem Bez. Arb. Amt Calw getroffenen Vereinbarungen nahm die Amtsoberversammlung Kenntnis. Der Vorsitz des Bezirksarbeitsamtes wurde an Assessor Goppel übertragen. — Die Stelle des Beamten der Bezirksfürsorge für Kriegsbeschädigte wurde unter 9 Bewerbern dem Stadtschreiber Kieger-Halterbach mit 28 von 31 abgegebenen Stimmen übertragen. — Eine Neuregelung der Dienstbezüge der Körperschaftsbeamten wurde wie folgt vorgenommen: Pensionberechtigt Anfangsgehalt 1 000 Mt. mit Vorrückung von 3 zu 3 Jahren bis zum Höchstgehalt von 1 600 Mt. ab 1. 4. 1919 ferner eine persönliche Teuerungszulage von 500 Mt. und für jedes Kind 120 Mt. im Jahr, außerdem ein Vorschlag von 40 Mt. und in gewissen Zeiträumen Hut und Mantel. — Der Verwilligung von Teuerungszulagen an die Körperschaftsbeamten wurde nach den Vorschlägen des Bezirksrats zugestimmt. Danach wird denselben eine einmalige Beschäftigungszulage in Höhe von 50% der staatlichen Höhe ausbezahlt. — Zur Bewährung von Beiträgen zur Anschaffung von Sämaschinen und für andere Verwilligungen gab die Amtsoberversammlung ihre Zustimmung. — Zum Kapitel „Erwerbslosenfürsorge“ wurde u. a. festgestellt, daß die Amtsoberparkei wenig Erwerbslosenfürsorge zu bezahlen habe, aber nur deshalb, weil die Gemeinden Kostansarbeiten ausführen lassen und so die Erwerbslosen beschäftigen. Eine gewisse Arbeitslosigkeit ist aber tatsächlich im Oberamt vorhanden. — Der Vorschlag der Amtsoberparkei für 1919 führt 147 426 Mt. Gesamteinnahmen und 439 702 Mt. Gesamtausgaben auf. Der Abmangel beträgt somit 292 276 Mt. Mit einem Fehlbetrag vom Vorjahr sind 301 290 Mt. zu decken. Davon sollen 300 000 Mt. ungelegt und der Rest durch Einparungen ausgeglichen werden. Die Daten der Amtsoberparkei-deputierten wurden von 9 auf 13 Mt., die Ueberrichtungsgehälter von 4 auf 6 Mt. erhöht. — Dem Redner der Oberamtsparkei wurde für die Rechnungen 1914, 15 und 16 Entlastung unter den üblichen Vorbehalten erteilt, ebenso dem Redner für die Rechnung der Oberamtsparkei für 1915. — In Besetzung des Antrags vom Gemeinderat Nagold auf Wiedereinführung der Schutzprämien für Raubzeug wurde der Bezirksrat ermächtigt, im Benehmen mit den Nachbarbezirken ein entsprechendes Schutzzell festzusetzen. — Ein Antrag des Bezirksobstbauvereins und der Obstverwertungsgenossenschaft auf Anstellung eines Oberamtsbaumwärters wird mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse vorläufig zurückgestellt. — Dr. med. Grander bittet um Zulassung zum Bezirkskrankenhaus. Der Bezirksrat wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte zu tun. — Vom Vorsitzenden wurden die Geschäftsergebnisse des Kommunalverbandes bekannt gegeben. Danach betragen die Ueberlässe bis 1916 43 531 Mark, 1917/18 40 000 Mt. und 1918/19 18 000 Mt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß der Umfang des Geschäftsergebnisses immer mehr gesunken ist, und er sprach den Herren Ortsvorstehern seinen Dank aus für die vielen Mahnen, deren sie sich im Interesse der Bezirksverwaltungsstelle unterziehen mußten. Herr Kleiner-Ehhausen bot die Ortsvorsteher, dem Landv. Bezirksverein bei der freim. Ausbringung des an die Entente abzuliefernden Futters an die Hand zu gehen, da das Vieh unter allen Umständen aufgebracht werden müsse. Bei dieser Gelegenheit wurde auf eine ernste Gefahr für unsere Viehzucht hingewiesen. Infolge des großen Futtermangels wird sehr viel Schlachtwiech abgefertigt und kein neues Vieh mehr angeschafft, sodas in absehbarer Zeit ein völliger Viehmangel einzutreten droht. Von verschiedenen Mitgliedern wurde deshalb angeregt, einen Teil des jetzt zur Ablieferung kommenden Viehs für den Kommunalverband einzuschlagen und auf die eine oder andere Art zu konservieren. Herr Kleiner wies noch

darauf hin, die Futtermittelnot sei so groß, daß es schwer sein wird, auch nur einigermaßen einen geringen Viehbestand ins Frühjahr hinüberzubringen. Der Bezirksrat wurde beauftragt, in der Sache zu tun, was zu tun ist. Mit Befriedigung wurde davon Kenntnis genommen, daß der Kommunalverband mit Viehschlachtwiech schon einige Vorbehalte getroffen hat. Am Schluß der Tagung kam noch Herr W a i z -Nagold zu Wort, der u. a. der Amtsoberparkei einen ausführlichen Bericht über die bekannte Krankenhaussangelegenheit unterbreitete. Danach ist die Unteruchung im Disziplinärverfahren abgeschlossen. Der Spruch ist jedoch von dem Urteil in dem noch schwebenden Gerichtsverfahren abhängig. Gegen 4 Uhr nachmittag konnte Herr Oberamtmann Münz die Versammlung mit Worten des Dankes an alle Teilnehmer schließen.

*** Einführung der Familienhilfe bei der Ortskrankenkasse.** In einer gut besuchten Versammlung von Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse sprach gestern nachmittag im „Löwen“ Herr Verwalter L e u z über die Einführung der Familienhilfe bei der Allg. Ortskrankenkasse. Wir werden eingehenden Bericht über den Vortrag, der in mancherlei Hinsicht Interessantes bot, folgen lassen. Nach einer kurzen Ansprache bezeichnete die von mehr als 200 Personen besuchte Versammlung die Einführung der Familienhilfe einstimmig als erwünscht und notwendig.

*** Das Ergebnis der Sparprämienausloste** beträgt in Württemberg 134 Millionen Mark, davon wurden in Stuttgart allein rund 86 Millionen Mark gezeichnet, weil viele Zeichner im Lande ihre Anmeldungen unmittelbar nach Stuttgart richteten.

*** Unter Zwang.** Ohne jedes Bedenken werden oft Hunderte von Mark für die leibliche Nahrung, Kleidung, Wohnung, Zigarren, Wein, Bier und allerhand Bequemlichkeiten ausgegeben, die nachgewiesenermaßen um vieles teurer geworden sind. Wenn dann aber die Zeitung um Weniges aufschlagen muß, weil das Papier und alle sonstigen Materialien auch erheblich teurer geworden sind, dann wird oftmals geklagt. Dabei steht fest, daß der Bezugspreis der Zeitungen sich nicht im entferntesten so sehr „verteuert“ hat, als vieles andere, und deshalb immer noch leicht zu erschwingen ist. Leider erfahren die Verleger meistens die volle Höhe des Papierpreises erst nach Quartalsanfang, sodas nur nachträglich ein gewisser Ausgleich durch Bezugspreiserhöhung herbeigeführt werden kann. Erst Ende September ist eine starke Steigerung der Papierpreise erfolgt, für die noch keine Deckung geschaffen werden konnte, und schon wieder bedroht ein neuer, ganz unerwarteter Aufschlag das Zeitungswesen. Wir bitten deshalb alle Leser, daran denken zu wollen, daß die Zeitungsvorlage unter Zwang stehen, wenn sie die un-aufhörlich vermehrten Unkosten durch verbesserte Bezugspreise abdecken müssen.

*** Achtstundentag und das Handwerk.** Der demokratische Abgeordnete Henne Löttingen hat gemeinsam mit dem Abgeordneten Schuler (3.) im folgenden Antrag im Landtag eingebracht: „Das Staatsministerium zu ersuchen, das einzutreten daß bei der reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitszeit Bestimmungen getroffen werden, monach entsprechend den eigenartigen Verhältnissen des Handwerks, insbesondere beim Nahrungsmittel-, Bau- und Saison- Gewerbe, Befreiung von der gesetzlichen Regel gewährt werde.“

*** Die Stellung des unehelichen Kindes.** Die Stellung des unehelichen Kindes wird durch eine Gesetzesvorlage, die im Reichsjustizministerium zurzeit in Vorbereitung ist, neu geregelt werden. Die Neuregelung bewegt sich im Sinne der Verfügung vom 13. Februar 1919 über die Erteilung von Geburtschein, in der bereits zum Ausdruck kommt, daß es unerwünscht ist, die uneheliche Geburt von Personen ohne Not bekannt werden zu lassen. Das Personenstands-gesetz soll auch fernethin in der Weise abgeändert werden, daß das uneheliche Kind im öffentlichen Leben keinerlei Benachteiligung im Recht und im Ruf ausgesetzt ist.

*** Kartoffelernte und Arbeitskräfte.** Die Kartoffelernte ist nach den Berichten der Oberämter mit Ausnahme vereinzelter unbedeutender Anbauflächen, für deren Ueberrichtung Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, beendet. Im Gegensatz zu einer in der Tagespresse kürzlich erschienenen Notiz ist festzustellen, daß wegen Einstellung von Arbeitskräften für die Erntearbeiten entsprechende Besorgungen an die Oberämter ergangen sind, ohne daß von Seiten der Landwirtschaft Anforderungen von Arbeitskräften vorlägen.

Aus dem übrigen Württemberg.

O Müdingen, 13. Dez. Ein trecher Raubüberfall wurde letzten Donnerstag früh 5 Uhr auf dem Weg von Müdingen nach Nagold auf die 34-jährige Luise Lehmann, Schuhmachers Witwe von hier angesetzt, die den Frühtag nach Calw zu erreichen suchte. Dieselbe wurde in der Nähe der „Bettelanne“ plötzlich von einem Unhold nach kurzer Anrede zu Boden und die Bösung heruntergeworfen, gewaltsam zu Boden gedrückt, niedergedrückt und gefesselt, littlich mißhandelt und ihres Handtäschchens beraubt. Der Täter, ein früher hier ansässiger, Jt. wegen eines weiteren Verbrechens rechtskräftig verfolgter Schuhmacher, ließ bei seiner Flucht in den Wald ein kurzes, scharfes Seitengewehr am Tatort liegen. Der flüchtig gegangene Täter wird verfolgt.

Löttingen, 15. Dez. Der demokratische Landtagsabgeordnete Heinrich Schweichardt ist in der Samstag Nacht im Alter von 57 Jahren einem schweren Leiden erlegen.

Reutenburg, 11. Dez. Hier wurde ein Mieterverein gegründet. 70 Mieter traten sogleich dem Verein bei, der sich hauptsächlich der Mietzinsfrage annehmen will. Erst kürzlich ist hier ein Haus- und Grundbesitzerverein ins Leben gerufen worden, so daß jetzt die beiden entgegengesetzten Interessengemeinschaften eine Vertretung besitzen.

Stuttgart, 12. Dez. Die Abgeordneten der Württembergischen Partei haben folgende Anfrage eingebracht: Ist das Staatsministerium bereit, darüber Auskunft zu geben, wann die in der Reichsverfassung vorgeschriebene Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk nderaumt werden wird?

Neues großes Sägewerk im Schwarzwald. Fürst von Fürstenberg beabsichtigt, im Gewann Schächerrücken bei Hüfingen im badischen Schwarzwald eine große Sägerei und Agrarstation zu errichten. Die Anlagen werden durch die Firma Poschmann u. Anauer, G. m. b. H. in Berlin, unter ihrem Namen ausgeführt. Wie die Frankfurter Zeitung hört, ist der Gemeinderat in Hüfingen gegen das

